



© Deutscher Bundestag / Lichtblick / Achim Melde

„Mehr Netto vom Brutto“ - für wen?

Kritische Anmerkungen zum Sparpaket der schwarz-gelben Bundesregierung

von Manfred Nink

Die Bundesregierung hat ihr Sparpaket vorgestellt. Schwarz-Gelb will Arbeitnehmer, Arbeitslose und Familien zur Kasse bitten, während Besserverdienende, Banken und Spekulanten über die Vorschläge nur müde lächeln dürften.

Bereits in den letzten Ausgaben des Spreebriefes habe ich über die desolate Finanz- und Haushaltspolitik der Regierung berichtet. Doch was jetzt mit dem Sparpaket kommt, schlägt dem Fass den Boden aus. Statt einen substanzialen finanziellen Beitrag der Finanzjongleure für die von ihnen verursachten Schäden einzufordern, sollen jetzt Familien und sozial Schwache zahlen. Aus „Mehr Netto vom Brutto“ vor der Wahl, wird nun „Steuergeschenke nur für Reiche“ nach der Wahl. 3,5 Milliarden Euro wurden als Steuergeschenke an Hoteliers und Erben verteilt, dafür werden jetzt z.B. die Ausgleichszahlungen für Arbeitslose beim Übergang vom Arbeitslosengeld I zum Arbeitslosengeld II gestrichen, ebenso fällt der Rentenversicherungsbeitrag für Hartz-IV- Empfänger dem Rotstift zum Opfer, wegfallen werden auch der Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger und das Elterngeld für Arbeitslosengeld-II-Empfänger.

Die Lohnersatzleistung beim Elterngeld wird von 67 % auf 65 % gesenkt und bis 2014 will Schwarz-Gelb mehr als 10.000 Stellen im öffentlichen Dienst abbauen. Kein einziges Wort verliert die Bundesregierung, wie Spitzenverdiener oder



Ein Sparvorschlag: Verfehlte Steuergeschenke zurücknehmen!

Millionen-Erben zur Krisenbewältigung beitragen sollen. Und die geplante Bankenabgabe ist - wie im Spreebrief 07 erklärt - eine Mogelpackung, die dem Haushalt nicht zugute kommt, sondern als Beitrag zu einem Ausfallfonds für die nächste Krise die Banken zu einem schnöden Weiter-so animiert.

Kommunalpolitiker/innen wissen, dass vor allem die Städte und Gemeinden dieses Sparprogramm wieder voll zu spüren bekommen

werden. Wir brauchen jetzt eine Debatte darüber, welche wirtschaftliche und soziale Ordnung wir in Deutschland und Europa wollen. Wir müssen Konjunktur und Binnennachfrage stärken, um Steuereinnahmen und Sozialversicherungssysteme zu stabilisieren. Sparen bei Familien, Arbeitslosen und Arbeitnehmern ist genau der falsche Weg. Zudem ist eine neue Ordnung in der Wirtschaft, auf den Finanzmärkten und auf dem Arbeitsmarkt nötig. Finanzbranche und Gutbetuchte müssen ihren Teil zum Gemeinwohl beitragen. Deshalb fordert die SPD unter anderem eine Finanztransaktionssteuer, die Rücknahme der Steuersenkung für Hoteliers, eine gerechtere Besteuerung größerer Vermögen und eine Anhebung des Spaltensteuersatzes. Und nicht zuletzt würde ein flächendeckender Mindestlohn den Staatshaushalt entlasten, weil die Aufstockung von Hungerlöhnen mit Hilfe staatlicher Mittel ein Ende hätte.

Eine detaillierte Bewertung der Streichliste und ihrer Bedeutung für die Kommunen hat die Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion erstellt. Dieses Papier liegt dieser Ausgabe des Spreebriefs bei bzw. kann von SPD-Mitgliedern in meinem Bundestagsbüro angefordert werden.

2 | Die Bundespolitik

Die Rede in Auszügen

„Die europäische Wirtschaftspolitik ist ein Thema, welches bei unserem Bundeswirtschaftsminister bisher nicht angekommen ist.“

„Ich darf daran erinnern, dass die SPD-Fraktion unlängst einen Antrag für die Gestaltung der Strategie Europa 2020 vorgelegt hat. Sie hat unter anderem folgende wirtschaftspolitischen Ziele gefordert: Zum Beispiel hat sie ein Angebot innovativer Technologien und Produkte gefordert, die ein Wirtschaftswachstum bei verringertem Energie- und Ressourcenverbrauch ermöglichen. Sie hat gefordert, dass Möglichkeiten sondiert werden, wie Mittel für zusätzliche Investitionen generiert werden können, um die dringend gebotene Belebung des innereuropäischen Handels zu fördern. All unsere Vorschläge haben Sie abgelehnt, ohne Stellung dazu zu beziehen.“

„Die zentralen Fragen der Zukunft Europas bleiben unbeantwortet.“

„Man muss doch zumindest Ziele benennen können. Ich erwarte ja noch keine endgültigen Ergebnisse in allen Einzelheiten; aber ich denke, das Parlament sollte darüber informiert sein, in welche Richtung die Regierung gehen will. Wir fragen uns: Wo bleiben die Vorschläge des Ministers? Wann gedenkt die Bundesregierung das Parlament und die deutsche Bevölkerung über ihr Vorhaben und über die Maßnahmen zu unterrichten?“

„Es kann doch nicht sein, dass die Chancen Deutschlands, Europa für die nächsten zehn Jahre mitzustalten, wegen Planlosigkeit aus der Hand gegeben werden, ohne die weltweiten Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise, der Krise Griechenlands und der Krise des Euros zu beachten.“

Europa 2020 im Plenum

Bundestag debattierte Wachstumsstrategie



Manfred Nink sprach am 20.05.2010 zur Strategie Europa 2020 im Deutschen Bundestag. Zur Debatte stand ein Antrag der Regierungsfraktionen CDU/CSU und FDP.

Nink kritisierte vor allem, dass die Regierung versuche einer Diskussion der SPD-Vorschläge (Drucksache 17/882) aus dem Weg zu gehen, während die Bundesregierung selbst keine Position formuliert und das Parlament über ihre Ziele in der europäischen Diskussion zu einer europäischen Wachstums- und Beschäftigungsstrategie uninformativ lässt.

Auszüge aus der Rede im Infokasten links.

| Bild: Bundestagsfernsehen

Der im Jahr 2000 begonnene Prozess der Lissabon-Strategie sollte die EU zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt machen. Diesen Anforderungen ist die Strategie nur zum Teil gerecht geworden. Jetzt wird sie durch eine neue integrierte Wachstums- und Beschäftigungsstrategie „Europa 2020“ abgelöst.

Für die SPD muss eine solche Strategie auf vier Ziele ausgerichtet sein. Sie muss gewährleisten, dass Beschäftigung und soziale Sicherung gestärkt werden. Vollbeschäftigung muss ein Ziel bleiben und das Soziale muss ein zentraler Teil des europäischen Gesellschaftsmodells werden. Bildung, Ausbildung und lebenslanges Lernen sind zu fördern. Die Daseinsvorsorge muss gesichert sein. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein wichtiges Thema. Als zweites Ziel muss eine nachhaltige Wirtschaftspolitik verwirklicht werden. Die Förderung der Entwicklung innovativer Technologien, die den Energie- und Ressourcenverbrauch verringern und

trotzdem das Wirtschaftswachstum sichern, ist auszubauen. Energieversorgungssicherheit ist vor diesem Hintergrund ebenfalls ein Thema. Eine Finanztransaktionssteuer bleibt bis zu ihrer Umsetzung weiter auf der europäischen Agenda. Vor dem Hintergrund der Krise wird deutlich, dass wir dringend eine engere Koordinierung der Wirtschaftspolitik in der EU brauchen z.B. durch eine europäische Wirtschaftsregierung. Als drittes Ziel muss es darum gehen, wie die EU weltweit ein fairer Partner sein kann. Die globale Armutsbekämpfung ist Teil einer nachhaltigen Wohlstandsstrategie. Und viertens steht die Frage, wie Zivilgesellschaft und Parlamente besser ins europäische Regieren eingebunden werden können.

Die Diskussion über eine Strategie Europa 2020 hat erst begonnen. Die SPD hat gute Vorschläge entwickelt, wie es in Europa in den nächsten zehn Jahren voran gehen soll. Bundesregierung und Europäische Kommission sollten sich auf die Diskussion einlassen.

Manfred Nink

Das Allgemeinwohl immer im Blick

Die Schülerin Carina Jonas hat Manfred Nink eine Woche bei seiner Arbeit begleitet

Wie sieht das Leben eines Politikers wirklich aus? Dieser Frage durfte ich eine Woche im Bundestagsbüro von Manfred Nink auf den Grund gehen. Das Resultat ist eindeutig: Stressig und deutlich vielschichtiger als es die Medien vermitteln.

päischen Wirtschaftspolitik kommt in der Diskussion der Arbeitsgruppe als Vorschlag auf.

In der Ausschusssitzung, an der ich als Zuhörerin teilnehmen darf, werden die Probleme um Griechenland dann nochmals behandelt. Die SPD bringt hier die in der Arbeits-

und Mobilität. Speziell für kleine bis mittlere Unternehmen eröffnen sich hier neue Chancen aktiv und innovativ zu sein.

Deutlich wird, dass Politiker auf vielen Gebieten ein außerordentliches Wissen aufweisen müssen. Das Politikerleben besteht eben nicht nur aus öffentlichen Auftritten und Empfängen, sondern vor allem harte Arbeit steckt dahinter. Eine 60 Stundenwoche ist häufiger die Regel, als eine Ausnahme. Plenumsitzungen, die bis in den späten Abend oder die Nacht angesetzt sind, finden statt. Wenn viele schon schlafen, sind unsere Politiker häufig noch im Parlament und treffen Entscheidungen zum Wohle der Bundesrepublik - abseits aller Fernsehkameras und Medienberichterstattungen.

Meine Bilanz aus einer Woche Bundestag: Der Beruf eines Politikers unterscheidet sich von allen anderen in einem speziellen Punkt. Es geht um das Wohl aller Menschen in Deutschland und dafür muss extrem viel Engagement an den Tag gelegt werden. Ein großes Dankeschön an Manfred Nink und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dass ich eine Woche einen Einblick hinter die Kulissen der Politik erhalten durfte.

Carina Jonas



Eine Woche die Abgeordnetentätigkeit von Manfred Nink zu begleiten, bedarf viel Ausdauer, Konzentrationsvermögen und Flexibilität beim Einplanen von Terminen.

Am ersten Tag meines Praktikums tagt die Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie der SPD-Fraktion. Da Manfred Nink Mitglied des gleichnamigen Bundestagsausschusses ist, ist er auch Mitglied dieser Arbeitsgruppe. Das Hauptthema ist die Finanzkrise - vor allem der drohende Staatsbankrott Griechenlands. Wie soll man mit der Krise umgehen? Welche Möglichkeiten gibt es, um zu reagieren? Schließlich gehe es um die Zukunft Europas und der Menschen. Von Seiten der SPD wird die Finanztransaktionssteuer als mögliche Lösung genannt und auch der Wunsch nach einer stärkeren Koordinierung der euro-

gruppe gefundene Position in die Diskussion mit den anderen Parteien ein.

Zum Fachgebiet Wirtschaft und Technologie gehört auch die Gesundheitswirtschaft. Unter dem Titel „Leitmarkt Gesundheitswirtschaft - Wachstumsmarkt der Zukunft“ findet eine Diskussionsrunde mit Experten aus Forschung, Politik und Wirtschaft statt. Die demografische Entwicklung stellt den Wirtschaftszweig in Zukunft vor neue Herausforderungen, so die Experten. Die Menschen werden immer älter und wollen bis ins hohe Alter selbstbestimmt leben mit einem Höchstmaß an Eigenständigkeit

Praktikumsbewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnissen, Motivationsschreiben sowie unter Angabe des möglichen Praktikumszeitraums bitte per Post oder E-Mail an das Berliner Abgeordnetenbüro.

Eine frühzeitige Bewerbung (ein halbes bis ein Jahr im Voraus) erhöht die Chance auf einen Praktikumsplatz.

4 | Aus Partei und Fraktion

Schutzengel gegen Sextourismus



Manfred Nink unterstützt die Aktion Schutzengel des Internationalen Katholischen Missionswerks in Deutschland (missio) gegen Kinderprostitution und Sextourismus.

Liebe Freundinnen und Freunde!

Schätzungen zufolge beteiligen sich jährlich etwa 400.000 deutsche Männer als Sextouristen am sexuellen Missbrauch und sexueller Ausbeutung von Kindern.

Unser Genosse Hermann Reeh aus Betzdorf (Landkreis Altenkirchen im Westerwald) und das Internationale Katholische Missionswerk in Deutschland (missio) engagieren sich mit der Aktion Schutzengel für den Schutz der Kinder und gegen Kinderprostitution und Sextourismus. Prominente sollen sich als Schutzengel für Kinder fotografieren lassen. Insgesamt sollen bundesweit 400.001 Fotos zusammenkommen. Für jeden Schutzengel spenden Sponsoren einen Euro. Das Geld fließt in Hilfsprogramme

gegen Kinderprostitution und Sextourismus.

Meine Fraktionskollegin Sabine Bätzing-Lichtenthaler, die den Wahlkreis Altenkirchen im Bundestag vertritt, hat mich auf diese Aktion aufmerksam gemacht. Wie Ihr oben sehen könnt, war ich gerne bereit, die Aktion zu unterstützen.

Solltet Ihr Euch auf ähnliche Weise für gemeinnützige, soziale oder humanitäre Projekte einsetzen, dann gebt mir Bescheid, wenn ich Euch bei Eurem Engagement unterstützen kann.

*Herzlichst,
Euer* 

Seit dem letzten Spreebrief

10. bis 30. Mai

Trierer Wirtschaftsgespräch, Gespräch mit IHK und HWK Trier in Berlin, Teilnahme an SPD-Wahlkreiskonferenz des WK 21 in Oberweiler, Eröffnung Krippenmuseum in Klüsserath, Schulbesuch BBS Bitburg

31. Mai bis 6. Juni

Mitgliederversammlung SPD-OV Morbach, Schulbesuch in Gerolstein, Mitgliederversammlung SPD-OV Hetzerath

7. bis 13. Juni

Gespräch mit Vertreterin der DIHK in Berlin, Besuch ILA, Treffen der Parlamentariergruppe Deutschland-Luxemburg-Belgien, Gespräch mit der Botschafterin Luxemburgs I.E. Frau Martine Schommer, Referent beim SGK-Seminar Kommunalpolitik in Oberbillig

14. bis 20. Juni

Anhörung zu EU 2020, Referat zu EU 2020 bei der SPD-Fraktion RLP, Schulbesuche in Bitburg und Schweich, Mitgliederehrung Kreisverband Bitburg

21. bis 26. Juni

Gemeinderat Kenn, Dienstreise nach Brüssel, Landesparteitag der SPD in Idar-Oberstein

Manfred Nink MdB

Büro Berlin:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/22773317
Fax: 030/22776317
E-Mail: manfred.nink@bundestag.de

Büro Trier:
Christophstraße 1
54290 Trier

Telefon: 0651/9759940
Fax: 0651/44748
E-Mail: manfred.nink@wk.bundestag.de
www.manfred-nink.de